

Wahlprüfstein

Allianz der öffentlichen

Wasserwirtschaft e.V. (AöW)

Thema 1: Resilienz in Europa durch ein wasserresilientes Europa

Die AöW fordert, die Water Resilience Initiative so schnell wie möglich als ersten Schritt zu einer ehrgeizigen Wasserstrategie für Europa umzusetzen. Sie würde einen Rahmen schaffen, der die Risiken verringert und so ausreichend Wasser in der richtigen Qualität zur richtigen Zeit sichert.

Die SPD unterstützt die zügige Umsetzung der Water Resilience Initiative als Teil einer breiter angelegten Strategie zur Klimawandelanpassung. Diese Strategie muss alle Verbrauchssektoren mit einbeziehen und die langfristige Verfügbarkeit von Wasser sichern sowie schädliche Umwelteinträge reduzieren.

Thema 2: Nachhaltiger Wasserhaushalt für ein Europa, das dem Klimawandel gewachsen ist

Die AöW fordert einen Rechtsrahmen, der der gemeinwohlorientierten Nutzung der Wasserressourcen in Europa tatsächlich Vorrang vor kommerziellen Interessen einräumt, insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels. Wesentlich ist auch eine daran angepasste nachhaltige Landwirtschaft.

Wir wollen Wasser als öffentliches Gut schützen: Weite Teile Europas leiden unter extremer Trockenheit bzw. Starkregenereignissen. Das verhindert nicht nur eine ertragsreiche Bewirtschaftung, sondern erhöht auch die Gefahr von Überschwemmungskatastrophen. Wir fordern deshalb eine europäische Wasser-Strategie, die bereichsübergreifend Wasserprobleme in den Blick nimmt und alle Wirtschaftssektoren sowie Verbraucher*innen einbezieht. Wir wollen, dass der Wasserrückhalt in der Landschaft verbessert wird.

Thema 3: Vereinfachung der Verfahren bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen

Die AöW fordert, dass der EU-Rechtsrahmen für Klimaschutz und Anpassung die Gemeinwohlorientierung der Daseinsvorsorge, die Stärkung der Resilienz und die Klimaziele berücksichtigt. Für die öffentl. Wasserwirtschaft müssen daher Hemmnisse abgebaut und der Rechtsrahmen dem Zeitdruck angepasst werden.

Wo immer es ohne unakzeptable Abstriche an andere Schutzgüter möglich ist, versuchen wir bürokratische Hürden für Projekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung so weit wie möglich abzubauen (wie etwa vor kurzem den vereinfachten Genehmigungspflichten für Wind- und Solarkraft in der neuen Erneuerbare-Energien-Richtlinie). Diesen Pfad wollen wir auch im Rahmen der Klimaanpassung weiter beschreiten.

Thema 4: Für gesunde Gewässer konsequente Anwendung des Vorsorge- und Verursacherprinzips

Die AöW fordert, dass weitere Gewässerbelastungen vermieden und die Verursachenden rechtlich stärker in die Verantwortung genommen werden. Bei der Zulassung von Produkten müssen die Verträglichkeit mit den Zielen der WRRL intensiv geprüft und die Zulassungsvoraussetzungen verschärft werden.

Die SPD unterstützt einen umfassenden Gewässerschutz und eine konsequente Anwendung des Verursacherprinzips, etwa bei der erweiterten Herstellerverantwortung in der neuen Kommunalabwasser-RL, die wir gerade verabschiedet haben. Der Gewässerschutz muss auch im Rahmen der Stoffzulassungen eine entscheidende Rolle spielen.

Thema 5: Beachtung des EU-Subsidiaritätsprinzips

Die AöW fordert eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sowie eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung und Strukturen – wie auf die der öffentlichen Wasserwirtschaft.

Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik müssen wir die Fähigkeit haben, strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, und gleichzeitig Bürokratie – wo möglich – abbauen, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Spielraum auf lokaler/kommunaler Ebene zu erhalten. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt ist daher dringend notwendig.

Thema 6: Erhalt der komm. Daseinsvorsorge und Organisationshoheit für Wasserwirtschaft in öffentl. Hand

Die AöW befürwortet die Beibehaltung der Regelungen für die Aufgaben der öffentlichen Wasserwirtschaft, um übermäßige Kostensteigerungen zu vermeiden. Eingriffe der EU in die Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge und Organisationshoheit müssen unterbleiben.

Wir fordern, Wasser als öffentliches Gut zu schützen und deshalb auch eine europäische Wasser-Strategie, die bereichsübergreifend Wasserprobleme in den Blick nimmt und alle Wirtschaftssectoren sowie Verbraucher*innen einbezieht. Das Trinkwasser eignet sich als elementares Lebensmittel nicht für einen rein an kurzfristigen Kosten-Nutzen-Kalkülen orientierten Wettbewerb. Die Privatisierung der Wasserversorgung ist auch angesichts der schlechten Erfahrungen in anderen europäischen Mitgliedstaaten oder zum Beispiel Großbritannien kein Weg für die ganze gesamte Union. Aus diesem Grund sollten Eingriffe der EU in die Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge und Organisationshoheit vermieden werden und künftige EU-Gesetzgebung in diesem Bereich die Besonderheiten der jeweiligen Mitgliedstaaten anerkennen und berücksichtigen.

Thema 7: „Nein“ zu Privatisierung und Liberalisierung im Bereich der Wasserwirtschaft

Die AöW fordert die Umsetzung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. September 2015 zur „Europäischen Bürgerinitiative zum Recht auf Wasser“ (2014/2239(INI), Ziffer 22) und die Herausnahme der Wasserwirtschaft aus Binnenmarktvorschriften und Freihandelsabkommen.

Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für die SPD höchste Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Für öffentliche Dienstleistungen werden in Handelsabkommen vielfältige Schutzregeln formuliert, die allgemein und spezifische Sektoren vom Anwendungsbereich von Handelsabkommen ausnehmen. Der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge ist für die SPD auch bei der Gestaltung der Binnenmarktregeln maßgeblich. Sollte es zu einer Reform von Binnenmarktvorschriften kommen, werden wir uns auch weiterhin für die deutsche Tradition und das Recht auf Selbstverwaltung sowie Subsidiarität einsetzen.

Thema 8: Stärkung der Interkommunalen Zusammenarbeit

Der EU-Rechtsrahmen – insbesondere das Vergabe- und Umsatzsteuerrecht – muss weiterentwickelt werden, um Kooperationen in der öffentlichen Wasserwirtschaft zu verbessern und Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge ist für die SPD bei der Gestaltung der Binnenmarktregeln maßgeblich. Also wollen wir den Rechtsrahmen an den Stellen weiter entwickeln, an dem das Europäische Parlament Kompetenzen besitzt. Damit wollen wir auch weitere Klarstellungen erreichen, wann im Vergaberecht Ausschreibungen notwendig sind und wann Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden, ausgeschrieben werden müssen. Hierfür werden wir uns weiter für die Ausnahme von Formen der interkommunalen Zusammenarbeit einsetzen, sollte es zur Reform des öffentlichen Vergaberechtes kommen.